

**BÜRGERSCHAFTSKANZLEI**

-KGRE-Delegationssekretariat-

Joachim Fritsch  
Tel.: 0421-361 12388  
Fax: 0421- 361 12371  
E-Mail: [joachim.fritsch@buergerschaft.bremen.de](mailto:joachim.fritsch@buergerschaft.bremen.de)

Bremen, den 28.05.2014

**Bericht über die 26. Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas mit dem Titel: „Empowering youth – a shared responsibility for cities and regions“.**

Vom 24. bis 27. März 2014 fand in Strasbourg die 26. Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas statt. Unter dem Titel „Stärkung der Jugend – eine gemeinsame Verantwortung von Städten und Regionen“ fanden ca. 500 Delegierte und Beobachter aus 47 Staaten zusammen. Neben der Rolle der Jugend standen jedoch vor allem die Lage in der Ukraine und die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation im Mittelpunkt des Kongresses.

**Referendum auf der Krim**

Anlässlich des am 16. März 2014 abgehaltenen Referendums auf der Krim verabschiedete der Kongress nach einer Dringlichkeitsdebatte mit großer Mehrheit eine Erklärung zur Krise in der Ukraine. Mit 148 zu 22 Stimmen bei acht Enthaltungen erklärte der Kongress, dass er die Gültigkeit des Referendums nicht anerkenne, da minimale demokratische Standards nicht eingehalten worden seien. Der belgische Berichterstatter sprach von einer „Pseudo-Konsultation“ der ukrainischen Regierung, die nicht ausreiche, um die Grenzen zwischen Russland und der Ukraine zu verändern. Zudem verurteilte der Kongress in der Erklärung die militärische Präsenz Russlands.

Die russische Delegation machte in einer gemeinsamen Erklärung die vorausgegangenen Demonstrationen auf dem Maidan-Platz in Kiew sowie die europäische Unterstützung für die neue „nicht legitimierte“ Regierung in der Ukraine für das Referendum verantwortlich. So sprach der russische Delegierte Vladimir Varnavskiy von einer diskriminierenden Auslegung des Völkerrechts und erinnerte in diesem Zusammenhang an die Abspaltung des Kosovo von Serbien mit der Unterstützung der USA und der EU.

Die ukrainische Delegation bezog in der Debatte ebenfalls Position. Maoryne Stavniychuk beschrieb die Bedrohung, die von der Atommacht Russland ausgehe und verwies darauf,

dass kein Land Maßnahmen ergreifen dürfe, um ein anderes Land zu unterwerfen. Ein junger ukrainischer Delegierter, der ein T-Shirt mit der Aufschrift „Putin = Hitler“ trug, wurde vom Kongresspräsidenten Herwig van Staa des Saales verwiesen, worauf einige ukrainische Delegierte ihre Nationalhymne anstimmten.

Die deutsche Delegation warb im Rahmen der Debatte darum, einen „kühlen Kopf zu bewahren, miteinander zu sprechen und gemeinsam zu handeln“ (Josef Neumann, NRW). Clemens Lammerskitten (Niedersachsen) erinnerte an die Geschichte Deutschlands im vergangenen Jahrhundert und mahnte, der größte Fehler bestehe darin, auf das Recht des Stärkeren zu bauen anstatt auf die Stärke des Rechts zu vertrauen.

### **Stärkere Jugendbeteiligung durch Wahlrecht mit 16**

Entsprechend des Leitthemas des Kongresses nahmen Themen der aktiven Beteiligung von Jugendlichen an der Kommunal- und Regionalpolitik breiten Raum ein. Während sich insbesondere die Delegationen aus Osteuropa kritisch zur Einführung eines Wahlrechts mit 16 Jahren äußerten, konnte ich auf die erfolgreiche Implementierung in Bremen und unsere guten Erfahrungen verweisen, nach denen auch Jugendliche verantwortungsvolle Wählerinnen und Wähler sind und es in unserem ureigenen Interesse liegen muss, junge Menschen so früh wie möglich an demokratischen Prozessen zu beteiligen.

### **Stärkung jugendlicher Roma durch Beteiligung**

Wie auch schon in den vergangenen Plenarsitzungen war die Situation der Roma auch dieses Mal ein großes Thema. Vor dem Hintergrund des Leitthemas verabschiedete der Kongress eine Empfehlung, die konkrete Maßnahmen zur besseren Integration junger Roma in Kommunen und Regionen enthält und das Ziel verfolgt, Roma-Jugendlichen einen besseren Zugang zu sozialen Rechten wie Bildung und Beschäftigung zu verschaffen. In diesem Zusammenhang erinnerte ich im Rahmen der Debatte an die Geschichte der Roma in Europa, die immer auch eine Geschichte der Verfolgung, der Unterdrückung und Ausgrenzung gewesen ist. In dem Wissen, dass allein dem Nationalsozialismus ca. 500.000 Roma zum Opfer fielen, ist die Integration keine Bringschuld junger Roma – die Bringschuld liegt vielmehr bei uns.

### **Situation kurdischer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der Türkei**

Zum wiederholten Male beschäftigte sich der Kongress mit der Situation inhaftierter kurdischer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der Türkei. So befindet sich Leyla Güven als ehemaliges Mitglied des Kongresses seit nunmehr fünf Jahren in türkischer Untersuchungshaft. Die Kongress-Berichterstatte Anders Knappe aus Schweden und Leen

Verbeek aus den Niederlanden, die für den Kongress Leyla Güven in der Untersuchungshaft besuchten, berichteten, dass ein Ende des Verfahrens weiter nicht absehbar sei. Mit Leyla Güven seien ca. 170 weitere kurdische Kommunalpolitikerinnen und –politiker inhaftiert. Der Kongress bat das Ministerkomitee darum, die türkischen Stellen aufzufordern, die Inhaftierten nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu behandeln und Leyla Güven aus der Haft zu entlassen.

### **Konsultationsrechte der Kommunen bei Gesetzesentwürfen**

Die Deutsche Delegation brachte weiterhin erfolgreich Änderungen zum Resolutionsentwurf „Strategie über das Recht der lokalen Gebietskörperschaften von anderen Ebenen der Regierung konsultiert zu werden“ ein. Die Änderungsanträge nahmen sich des Problems an, wonach Kommunen im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren des Bundes oftmals unzureichend beteiligt werden. Die Deutsche Delegation schlug deshalb vor, der Beteiligung der Kommunen und ihrer Vertretungen Verfassungsrang zu verleihen. Alle vorgeschlagenen Änderungen des Resolutionsentwurfs wurden vom Kongress mit erstaunlich hoher Zustimmung unterstützt.

### **Vorausschau 27. Plenarsitzung**

Die nächste Plenarsitzung wird vom 14. bis 16. Oktober 2014 stattfinden. Auch dort wird die Jugend im Fokus stehen. Die Betreuung des Delegationssekretariats wird zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr von Bremen aus erfolgen. Zusammen mit dem EMK-Vorsitz wechselt die Aufgabe zum 01.07.2014 von Bremen nach Hamburg.

Manuela Mahnke